

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pfl., monatlich 22 Pfl., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 13. Dezember 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Veranlagungs-, Vergütungsinserate ufm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 144

Aus dem Inhalte dieser Nummer:
Artikel: Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1916.
Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht: Krieg und Berufsrisikowesen.
Aus dem Genossenschaftsleben: Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine.
Starkeisendungen: Alt-Neubau. — Bonn. — Brandenburg. — Gera. — München.
Wundschau: Geheimrat Bürgenlein 60 Jahre alt. — Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. — Nachkommenswerte Beispiele. — Buchdrucker im Gerichtsdienst. — Jubiläum des Verbandes der Fachpresse. — Ein deutsches Schriftmuseum für Buchwesen und Schrifttum. — Die gefährliche „Frankfurter Zeitung“. — Unberechtigter Einbehaltung von Arbeitspapieren. — Belföldaus aus einwanderndem Metall. — Neue Feuerungsanlagen für Steinzeher. — Vorbürungen des Friedens. — Übermalige Bierverfälscherung in Sicht.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1916

Die hervorsteckendste Erscheinung in dem Bericht über den Stand der deutschen Gewerkschaftsorganisationen im Jahre 1916, der letzten im „Korrespondenzblatt“ erschien, bildet der Rückgang des Mitgliederbestandes und der Einnahmen auf die Hälfte gegenüber dem Jahre vor dem Kriege. Dieser Rückgang ist indes durch den mehrjährigen Kriegszustand so leicht erklärlich, daß man sich fast nicht wundern muß, wie die Unternehmerorgane allerlei Kombinationen und spekulative Betrachtungen an jenen Rückgang zu knüpfen vermögen. Es sei denn, man erwartet auf jener Seite, daß die Scharfmacher wieder die Oberhand in der Regierung gewinnen, um durch rückständige Erlasse die gewerkschaftliche Tätigkeit einschränken zu können. Man täusche sich indes über die Wirkung solcher Maßnahmen nicht. Der vorübergehende Rückgang der Mitgliederzahl und der Einnahmen in den Gewerkschaften während des Krieges kommt keinesfalls einem Kräfteverfall gleich. Daß die Verbände selbst nach dreijähriger Kriegsdauer ihre auf die Sicherung der Interessen der Arbeiterklasse gerichteten Aufgaben noch genau so wie früher zu erfüllen vermögen, das zeigt eine Prüfung der Ergebnisse der neuesten Gewerkschaftsstatistik.

In der Mitgliederbewegung läßt der weitere Rückgang der männlichen Arbeiter darauf schließen, welcher ungeheuren Bedarf an Menschen dieser Krieg erfordert. Der Ersatz, der für die zum Seeresdienst eingezogenen Berufsarbeiter in die Betriebe eintritt, ist vielfach nicht sofort für die gewerkschaftlichen Organisationen zu gewinnen. Der tiefste Stand in der Mitgliederbewegung scheint jedoch am Ende des Jahres 1916 erreicht worden zu sein. Von da ab folgt eine Zunahme der männlichen Mitglieder und damit eine Vermehrung des Gesamtmitgliederbestandes der Gewerkschaften ein. Die der Generalkommission ange-schlossenen 46 Zentralverbände (ohne die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter) hatten 1916 im Jahresdurchschnitt 774 992 männliche, 180 895 weibliche, zusammen 955 887 Mitglieder. Gegen das Vorjahr ist ein Verlust von 199 166 männlichen Mitgliedern eingetreten, während sich die weiblichen Mitglieder um 8694 vermehren, so daß ein Gesamtverlust von 190 472 Mitgliedern zu verzeichnen ist. Das vierte Quartal 1916 weist mit 934 784 Mitgliedern die niedrigste Bestandsziffer auf. Mit dem Jahre 1917 geht es wieder aufwärts. Es betrug die Mitgliederzahl in diesem Jahr am Schlusse des ersten Quartals 996 062 und am Schlusse des zweiten Quartals 1 076 493. Das ist ein Mehr von 141 709 Mitgliedern gegenüber der Schlusszahl des Jahres 1916. Beachtenswert ist, daß an dieser Zunahme auch die männlichen Mitglieder einen erheblichen Anteil haben. Es stieg ihre Zahl während des ersten Halbjahrs 1917 um 82 521, trotz des in dieser Zeit erfolgten Abgangs durch Einberufung zum Kriegsdienste.

Der nach Kriegsausbruch eingetretene Rückgang an weiblichen Mitgliedern erreichte bereits am Schlusse des Jahres 1915 mit 169 907 den tiefsten Stand. Im Laufe des Jahres 1916 stieg dann die Mitgliederzahl auf 197 008 und am Schlusse des zweiten Quartals 1917 hatten die Zentralverbände 256 196 weibliche Mitglieder, 42 179 mehr als vor Kriegsausbruch. Die seit 1916 eingetretene erfreuliche Vermehrung des Mitgliederbestandes der Gewerkschaften berechtigt zu der Hoffnung, daß es trotz aller Schwierigkeiten weiter aufwärts gehen wird mit der Gewerkschaftsbewegung.

Die Hindernisse sind nicht gering. Schwer empfinden die Gewerkschaften den Verlust der Vertrauensleute, die in kleineren Orten die Zweigvereine in mühevoller Arbeit,

ohne Entschädigung, aufrechterhielten. Auf den Verlust dieser für die Gewerkschaften tätigen ist wohl die Verminderung der Zahl der Zweigvereine der Verbände zurückzuführen. Es waren 601 Zweigstellen am Schlusse des Jahres 1916 weniger vorhanden als um die gleiche Zeit 1915. Während der Kriegszeit ging die Zahl der Zweigvereine um 2439, von 11 707 auf 9268 zurück. Auch die Zahl der Angestellten ist in den drei Kriegsjahren um mehr als die Hälfte zurückgegangen, nämlich von 2867 Mitte 1914 auf 1269 Ende 1916. 1593 Angestellte wurden bis 1916 zum Seeresdienst eingezogen. Beim Entzuge so vieler Kräfte ist es schwierig, den Organisationsapparat aufrechtzuerhalten. Dabei ist die Arbeitslast der Funktioniäre während des Krieges noch erheblich gewachsen. Zu der Sorge für die Familien der Kriegsbeschädigten, den Arbeiten bei der Nahrungsmittelverteilung sind die durch das Hilfsdienstgesetz bedingten Anforderungen hinzugesetzt. Die Lösung von Konflikten zwischen Unternehmern und Arbeitern erfordert heute bei der Art des Verhandlungswezes oft mehr Zeit und Arbeit als in Friedenszeiten.

Die Gesamteinnahmen der Verbände betrugen im Jahre 1913: 82 005 580 Mk., 1914: 70 871 954 Mk., 1915: 41 503 227 Mk., 1916: 34 027 248 Mk. Die Einnahme an Beiträgen ergab 1914 noch 52 652 289 Mk., wovon 31 382 260 Mk. auf das erste Halbjahr entfielen; 1915 kamen nur 29 431 738 Mk. und 1916 nur 24 729 158 Mk. an Beiträgen ein. Im allgemeinen muß die Einnahme der Verbände als befriedigend angesehen werden, zumal eine Erhöhung der Beiträge nicht eintrat, obgleich diese für einzelne Organisationen dringend notwendig gewesen wäre, was sich aus einem Vergleich der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Verbände deutlich ergibt.

Die Gesamtausgabe belief sich 1914 auf 79 547 272 Mk.; sie ging 1915 auf 34 938 864 Mk. und 1916 auf 30 074 048 Mk. zurück. Die Arbeitslosenunterstützung, die im Jahre 1914 noch um 4 Millionen höher war als 1913 und den Betrag von 23 718 902 Mk. erreichte, ging bedeutend zurück, nämlich auf 3 485 423 im Vorjahr und auf 1 449 133 Mk. im Berichtsjahre. Dagegen stieg die Ausgabe für Krankenunterstützung von 2 425 033 Mk. auf 3 664 592 Mk. Für Lohnbewegungen, Streiks und Aus-sperungen wurden 1 755 229 Mk., für Unterstützung in Notfällen 303 066 Mk., für Unterstützung an Familien von Kriegsteilnehmern 5 992 064 Mk. (1915: 8 074 085 Mk.), für Beihilfe in Sterbefällen 1 266 799 Mk. verausgabt. Obgleich die Verbandsorgane 1916 noch unter größeren Einschränkungen als im Vorjahr erschienen, stieg die Ausgabe dafür von 1 225 165 Mk. auf 1 246 201 Mk., was den erhöhten Druck- und Papierpreisen zuzuschreiben ist. Die Ausgaben für sonstige Bildungszwecke, Bibliotheken und Statistiken wiesen gegenüber den beiden Vorjahren wenig Veränderungen auf.

Der Vermögensbestand der freien Gewerkschaften bezifferte sich am Schlusse des Jahres 1916 auf 65 845 166 Mark, gegen 67 829 137 Mk. im Jahre 1915. Für beide Jahre fehlen indes dabei die aus tatsächlichen Gründen unterbliebenen Angaben über das Vermögen des Metallarbeiterverbandes, das sich im Jahre 1914 noch auf 16 601 230 Mk. belief.

Wie die Zentralverbände hatten auch die kirchlich-dunklerischen Gewerkschaften im Jahre 1916 einen weiteren Mitgliederverlust zu verzeichnen. Er betrug 3320. Die Mitgliederzahl ging von 61 086 auf 57 766 zurück. Dagegen ist die Zahl der Ortsvereine um 36, von 1859 auf 1895 gestiegen. Die Gesamteinnahme betrug 1 753 387 Mark, 146 483 Mk. weniger als 1915, und die Gesamtausgabe belief sich auf 1 672 232 Mk.; sie war um 186 436 Mark höher als im Vorjahre.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften wies in der Jahresdurchschnittsziffer seines Mitgliederbestandes einen Rückgang von 1837 Mitgliedern auf. Am Jahreschlusse war jedoch eine Mitgliederzunahme von 16 482, von 162 425 auf 178 907, zu verzeichnen, die im wesentlichen auf den Beitritt des Bayerischen Postverbandes und des Angestelltenverbandes zum Gesamtverbande zurückzuführen war. Die Gesamteinnahmen der christlichen Gewerkschaften beliefen sich im Vorjahr auf 3 231 432 Mk., gegen 3 317 847 Mk. im Jahre 1915. Die Ausgaben verringerten sich von 3 505 807 Mk. in 1915 auf 2 901 213 Mk. im Jahre 1916.

Wie die nachstehende Zusammenstellung der hauptsächlichsten Ausgaben der drei Gewerkschaftsrichtungen ausweist, stehen die Zentralverbände an erster Stelle. Das gilt nicht nur für die absoluten Ziffern, sondern auch für

die im Durchschnitt auf jedes Mitglied entfallende Summe der Ausgaben:

Jahr	Einnahmen		Ausgaben		Arbeitslosen- und Reiseunterstützung allein	
	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf	insgesamt	pro Kopf
Zentralverbände:						
1915	245 203	0,21	178 465 50	15,57	3 587 883	3,13
1916	217 326	0,23	134 573 10	14,08	1 495 689	1,56
Kirchlich-dunklerische Gewerkschaften:						
1915	110 693	1,81	160 653	2,63	101 705	2,01
1916	252	0,00	88 950	1,54	46 951	0,97
Christliche Gewerkschaften:						
1915	15 138	0,09	1 635 444	9,29	187 140	1,51
1916	16 403	0,09	1 049 716	6,02	129 285	1,19

Auch im dritten Kriegsjahre haben die Gewerkschaften ihre auf die Sicherung der Interessen der Arbeiterklasse gerichtete Politik verfolgt. Allerdings sind die Voraussetzungen und Bedingungen für die Erreichung dieses Zieles andre als in Friedenszeiten. Ohne Übertreibung kann jedoch gesagt werden, daß Einfluß und Ansehen der Gewerkschaften im Verlaufe der Kriegszeit gewachsen sind; sie haben sich als eine wirtschaftliche Kraft erwiesen, mit der nicht nur die Arbeitgeberklasse, sondern auch die Staatsregierung rechnen muß. Der beste Beweis dafür, daß die deutschen Gewerkschaften ihre Aufgaben selbst nach dreijähriger Kriegsdauer noch genau so zu erfüllen vermögen wie vorher, bildet das Ergebnis ihrer Jahresstatistik. Darin liegt zugleich unsere feste Hoffnung begründet, daß die Arbeiter mit Hilfe ihrer Gewerkschaften in der Lage sein werden, die außerordentlich wichtigen Fragen und Aufgaben zu lösen, die nach dem Krieg an sie herantreten werden. H.z.

Sozialgesetzgebung und bürgerliches Recht

Krieg und Versicherungswesen.
 Das Kaiserliche Ausschussamt für Privatversicherung hat unlängst seinen Geschäftsbericht für das Jahr 1916 herausgegeben.

Aber die Einwirkung des Krieges auf die Aufsichtstätigkeit des Amtes heißt es, daß die Belastung des Amtes sich im Berichtsjahr ähnlich wie im Vorjahre gestaltet habe. Allerdings verminderte sich die Zahl der vom Amte behandelten und erledigten Anträge um einen geringen Teil. Aber andererseits lief im Jahre 1916 eine Reihe von Anträgen großer Gesellschaften ein, namentlich auf dem Gebiete der Lebensversicherung, die eine durchgreifende Änderung ihres Geschäftsplans für die Zeit nach dem Kriege bezweckten. Es ist dies ein Zeichen für die fähigen Unternehmungswesen, des dem Krieg nach Ansicht des Amtes keinen Abbruch getan hat. Dabin gehören auch die Maßnahmen einer größeren Anzahl von Feuerversicherungsunternehmen, die durch Aufnahme der Transportversicherung dazu beitragen wollen, das deutsche Transportgeschäft unabhängig von den feindlichen Staaten, insbesondere von England, zu machen.

Die wirtschaftliche Lage, namentlich die Leistungsfähigkeit der beaufichtigten Unternehmungen, hat im Jahre 1916 und im Jahre 1917 bis zum Abschlusse des Berichtes im großen und ganzen das gleiche günstige Bild wie im Vorjahre gezeigt. Eine Erschlüftung auf dem Gebiete des Versicherungswesens, soweit es der Aufsicht des Amtes unterstand, ist in keiner Weise bemerkbar gewesen, wenn auch der Eingang an Hypothekendarlehen einen weiteren kleinen Rückgang aufzuweisen hatte. Aber die Sicherheit der Vermögensanlage und die Zahlungsfähigkeit der deutschen Gesellschaften ist nach wie vor unangefast geblieben. Ein Anlaß zu Besorgnissen für die Zukunft ist nach Ansicht des Amtes um so weniger gegeben, als im Berichtsjahre deutlich eine Abschwächung der nachteiligen Wirkung des Krieges auf die Versicherungsunternehmen sich bemerkbar gemacht hat. Namentlich hat sich der Rückgang im Versicherungsbestande bei der großen Lebensversicherung erheblich vermindert; bei der Volksversicherung

